

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 19

Artikel: Der Kommentar
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093582>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Wachablösung Unter den Linden in Ostberlin. DDR-Soldaten im Stechschritt. Und zwar ausgerechnet vor dem «Mahnmal gegen Faschismus und Militarismus». Da passt der Stiefel genau.

südkoreanischen Zivilflugzeuges lieber nicht äussert;

● Kampf dafür, dass die Politik der Gewalt durch Dialog und Verhandlungen ersetzt wird – wobei man die Todesschüsse zwischen den beiden deutschen Staaten geflissentlich überhört.

Früchte sowjetischer Friedensregie

In dem 1950 verabschiedeten Statut des Weltfriedensrates ist festgehalten, dass die Friedensbewegung eine universale demokratische Bewegung sei, an der jedermann – auch Klassenfeinde und Gläubige – mit gleichen Rechten teilnehmen kann: «Die Weltfriedensbewegung ist eine allumfassende demokratische Bewegung der Völker, sie ist eine Aktionsbewegung der Massen... Der Weltfriedensrat stützt sich bei der Organisation seiner Aktionen auf die nationalen Komitees. Die Arbeit der nationalen Friedenskomitees dient dazu, die breitesten Massenaktionen für den Frieden zu organisieren, eine ständige Basis für Diskussionen der verschiedenen individuellen

Gruppen und Organisationen zu schaffen... und die breiteste Einheit aller Menschen guten Willens herbeizuführen...»

Ein Jahr nach den Weltfriedenskongressen von Paris und Prag fand vom 15. bis 19. März 1950 in Stockholm eine wegen ihrer propagandistischen Nachwirkung bedeutsame Konferenz statt. Es wurde dabei eine Unterschriftensammlung für die Verteidigung des Friedens und die Vernichtung der Atomwaffen beschlossen. Bis 1952 hatte der Weltfriedensrat nach eigenen Angaben in der ganzen Welt über 500 Millionen Unterschriften gesammelt. Dreissig Jahre später kommentierte François Bondy in der «Weltwoche»: «Es fällt mir schwer, die weltweite Kampagne gegen die Atombombe zu vergessen, die als «Stockholmer Appell» berühmt wurde, Millionen Unterschriften einheimste – darunter verehrungswürdigste Namen – und von der nichts mehr zu hören war, nachdem die Sowjetunion ihrerseits die Atombombe entwickelt hatte. Als später Nikita Chruschtschow in einer Rede nichtatomaren Staaten mit einer Atombombe drohte – es war 1956 –, war kein «Stockholmer» mehr in Sicht.»

Der Weltfriedensrat (vgl. ZeitBild Nr. 10/1982) hat über den reinen Friedenskampf hinaus ein breites Aktionsfeld:

- Kampf für das Verbot aller Massenvernichtungswaffen – vornehmlich durch einseitige Vorleistungen des Westens;
- Kampf für die Aufhebung ausländischer Militärbasen – nicht aber jener der UdSSR in Osteuropa;
- Kampf für die Beseitigung aller Formen von Kolonialismus und Rassendiskriminierung – wobei die zaristische und sowjetische Kolonisation in grossen europäischen und asiatischen Gebieten nicht gemeint ist;
- Kampf für die Achtung des Rechts der Völker auf Souveränität und Unabhängigkeit als Voraussetzung des Friedens – ausgenommen die hundert nichtrussischen Nationen und ethnischen Gruppen in der Sowjetunion und den Volksdemokratien;
- Achtung der territorialen Integrität der Staaten – inbegriffen die sowjetischen Eroberungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich – wie im Falle Polens – sogar auf die eigenen «Verbündeten» erstreckten;
- Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten – Interventionen wie diejenige in Afghanistan ausgenommen;
- Kampf für gegenseitige vorteilhafte Handels- und Kulturkontakte – wobei der Vorteil vor allem der maroden sozialistischen Planwirtschaft und der sowjetischen Propaganda zustehen soll;
- Kampf für ein friedliches Nebeneinander – wobei man sich zum sowjetischen Abschuss eines

Der Kommentar

Trotz Afghanistan und trotz Abschluss einer südkoreanischen Verkehrsmaschine; trotz Moskauer Drohgesten und trotz der fortgesetzten sowjetischen Vorrüstung; die Friedenskampagne geht mit zweifellos gesteigerter Sowjethilfe weiter, dem «heissen Herbst» entgegen.

Möglich, dass sich die Bundesrepublik, heute bereits ein Frontstaat im Ringen der Sowjets um die Kontinentalherrschaft, mit dem Milliardenkredit an die DDR vor allzu argen und belastenden Manifestationen und Demonstrationen freigekauft hat. Möglich, dass die sowjetischen Strategen bereits über den «heissen Herbst» hinaus planen. In diese Richtung weisen zwei gewichtige Aufsätze, der eine als Leitartikel in «Kommunist» Nr. 12/83, der andere von W. Sagladin in der «Prawda» vom 23. Juli veröffentlicht.

Wir haben hier wiederholt unterstrichen, dass die UdSSR und ganz Osteuropa in einer tiefen Wirtschaftskrise stecken, einen Rüstungswettlauf auf höchster elektronischer Ebene nicht mehr erfolgreich zu führen vermögen und darum letzten Endes bei den Abrüstungsverhandlungen einlenken müssen.

Was sie bislang davon abhielt, zu einer vernünftigen Abrüstung Hand zu bieten, sind die Hoffnungen auf westliche Uneinigkeit und Schwäche. Hier liegt die grosse innere Tragik der Friedensbewegung: dass deren gutgläubige Mitläufer mit

ihrem Einsatz die tatsächliche Abrüstung gefährden, die wegen der sowjetischen Wirtschaftskrise erstmals seit 1917 in den Bereich realer Möglichkeiten gerückt ist.

Mittelbar gesteht «Kommunist», das theoretische Organ der KPdSU, diesen Tatbestand ein: die (angebliche) Kriegsdrohung der kapitalistischen Staaten bereite «der Arbeiterklasse der sozialistischen Staaten grosse Schwierigkeiten bei Aufbau und Vervollkommnung des Sozialismus, bei der Schaffung der Vorbedingungen des Übergangs zum Kommunismus».

Noch schlimmer aber seien die Auswirkungen der «Rüstungsjagd» und der «Kriegspsychose» auf den Lebensstandard der Arbeiter im Kapitalismus und auf die Lage der Völker in den Entwicklungsländern, die auf ihre Rückständigkeit fixiert blieben.

Eben hier schreibt Sagladin im Klartext: «Ein charakteristischer Zug der Antikriegstätigkeit der kommunistischen Parteien (KP) der nichtsozialistischen Welt ist die enge Verknüpfung des Kampfes für die Verhinderung eines Krieges mit der Arbeit, die gegen die Folgen der Wirtschaftskrise gerichtet ist; Folgen, die sich durch die Vorbereitung zum Krieg und das Wettrüsten vertiefen.»

In dieser Ankündigung darf man ohne Zögern einen Hinweis auf die neue Generallinie Moskaus erblicken: Die Friedensbewegung wird in der Ersten Welt mit dem Kampf «gegen» die Arbeitslosigkeit und in der Dritten Welt mit dem Kampf «für» die Befreiung verknüpft. Und damit ist die Stossrichtung der Friedensbewegungen als Element des Klassenkampfes weit über das laufende Jahr hinaus festgelegt.

Auf diese Weise wird auch die Schnittstelle vom marxistisch-leninistischen Denken in Moskau zum neomarxistischen Denken der «Neuen Linken» im Westen freigelegt. Diese fassen, wenn sie von der «strukturellen Gewalt» sprechen, die «Entmilitarisierung des Lebens und der Gesellschaft» ins Auge und kritisieren den Einfluss des Militärischen auf die Arbeitsbedingungen.

Es ist kaum erstaunlich, dass Roman Berger im «Tagesanzeiger» vom 27. August das Schlagwort von der «Militarisierung des Denkens» flugs aufgegriffen hat. Ihm haben wir schon vor längerer Zeit die Kolportierung sowjetischer Richtlinien vorgehalten (in: Desinformation in den Medien, SOI-Sonderdruck 20, 1981). In die gleiche Kerbe schlug die revolutionäre Theologin Dorothee Sölle an der Vancouver-Tagung des Weltkirchenrates. Als ob es einer Bestätigung des Konsens noch bedurft hätte, wurde sie von «rund 80 Vertretern verschiedenster Friedensgruppierungen» am 28. August in Bern vermittelt: Sie forderten, «dass keine Pershing II und Cruise-Missiles stationiert werden, dass das Blocksystem abgebaut statt mit dem Massenmord gedroht wird, die Solidarität mit den Friedensbewegungen auf der ganzen Welt und insbesondere mit der Dritten Welt sowie die Entmilitarisierung unserer Gesellschaft» (TA, 29. 883).

Von der «Friedensbewegung» als Kampf für die einseitige Abrüstung des Westens zum «Friedenskampf» als Klassenkampf: die Strategie reicht über den Herbst hinaus. Sie deutet aber zugleich an, dass die Sowjetunion eine Entscheidung in diesem Dezember sucht. Derweil tanzen wir auf dem Vulkan und überhören das Donnern.

Peter Sager

ZeitBild zur Friedenthematik

Das ZeitBild hat dieses Jahr zum Thema «Frieden» mehrere grössere Beiträge gebracht, die sich als Argumentationshilfe brauchen lassen.

Nr. 2: Zum Buch von Daniel Frei über «Friedenssicherung durch Gewaltverzicht?»

Nr. 9: Vorstellung des Buches «Pazifisten gegen den Frieden» von Wladimir Bukowski.

Nr. 11: Diagnose der Friedensgefährdung; ein Diskussionsbeitrag.

Nr. 13: Friede und politischer Krieg. Peter Sager zur Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln.

Nr. 18: Ein Beitrag von Milovan Djilas: Friede mit dem Kriegssystem.

«Frieden» bedeutet für die Kommunisten soviel wie die Erfüllung der «hohen Prinzipien der friedliebenden sowjetischen Politik». Im Klartext: Die Ausdehnung der sozialistischen Diktatur über die ganze Welt. Die Folgen dieser Doktrin sind im Ostblock und besonders in der Sowjetunion brutal: Wer eine abweichende Meinung hat, kann jederzeit als Kriegspropagandist und Kriegstreiber angeklagt und per «Friedensgesetz» verurteilt werden.

Die sowjetischen «Friedensgesetze» dienen auch zur innenpolitischen Disziplinierung

Pazifismus als Kriegspropaganda?!

Während die Friedenskomitees im Westen in den fünfziger Jahren im sowjetischen Auftrag gegen die Rüstung protestierten (vgl. Seite 12), begannen alle osteuropäischen Satelliten nach sowjetischem Vorbild die sozialistische Industrialisierung. Dabei wurde in erster Linie eine beachtliche «Verteidigungsindustrie» aufgebaut, um den Frieden «aktiv» verteidigen zu können. Sie begannen gleichzeitig auch mit der Militarisierung der Gesellschaft u. a. durch obligatorische und freiwillige vormilitärische Ausbildung oder paramilitärische Organisationen.

In den verschiedenen osteuropäischen Staaten wurden 1950/51 «Friedensgesetze» verabschiedet, deren Inhalt, Struktur und Sprache klare Beweise dafür sind, dass sie von einem Zentrum aus diktiert wurden. Auf diese Weise wollte man den Friedenseinsatz im Ausland gesetzgeberisch und innenpolitisch untermauern. Dem Inhalt der «Friedensgesetze» wurden nachträglich noch die Strafgesetzbücher in den einzelnen Staaten angepasst, und bis heute gibt es in allen osteuropäischen Strafgesetzbüchern spezielle Artikel gegen die «Kriegspropaganda». Richtungweisend für alle diese Massnahmen war das sowjetische Friedensgesetz:

«Der Oberste Sowjet der UdSSR erklärt – von den hohen Prinzipien der friedliebenden sowjetischen Politik geleitet, dem Ziel der Festigung des Friedens und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern folgend –, dass das Gewissen und das Rechtsbewusstsein der Völker (...) sich nicht mit der Straflosigkeit der aggressiven Kreise einiger Staaten, welche Kriegspropaganda betreiben, zufriedengeben können, und er solidarisiert sich mit dem Aufruf des Zweiten Weltkongresses der Friedensanhänger, welcher den Wunsch der gesamten fortschrittlichen Menschheit im Zusammenhang mit dem Verbot

und der Verurteilung der verbrecherischen Kriegspropaganda ausdrückte.

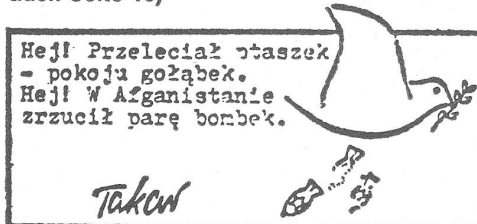
Der Oberste Sowjet der UdSSR beschliesst:

1. Die Kriegspropaganda, in welcher Form sie auch geführt wird, untergräbt den Frieden, schafft die Gefahr eines neuen Krieges und ist infolgedessen das schwerwiegendste Verbrechen gegen die Menschheit.

2. Personen, welche der Kriegspropaganda schuldig sind, werden dem Gericht übergeben und als schwere Verbrecher verurteilt.»

Art. 71 des sowjetischen Strafgesetzbuches sieht als Strafe für die Propagierung eines ungerechten Krieges Freiheitsentzug von drei bis acht Jahren vor. Diese Propaganda kann mündlich, durch Presse, Radio usw. betrieben werden. Der Ukasts des Präsidiums des Obersten Sowjet vom 18. Mai 1961 sah als Nebenstrafe Verbannung von zwei bis fünf Jahren vor. Subjekte dieses Deliktes können Ausländer, Staatenlose und Sowjetbürger sein. Das Delikt wird als vollendet betrachtet, unabhängig vom Resultat, das solche Propaganda zeitigt. LR

(Zu dem, was im innersowjetischen Gebrauch «friedenskampfgerecht» ist, siehe auch Seite 16)



Friedenstaube über Afghanistan. Eine Karikatur von 1982 aus der polnischen Untergrundzeitung «Solidarnosc walczaca».